

Einen Monat danach – Gedanken zum Neuanfang

Zurück zum aufrechten Gang:

Inhalt, Konsequenz und Visionen.
Für eine glaubhafte und moderne SPD.

von

Eike Arnold
Benjamin Heese
Dirk König
Dennis Räther

27. Oktober 2009

Gesprächskreis Junge Sozialdemokratie Berlin
www.jungsozis-berlin.de

Nachbetrachtungen

Die dramatische Wahlniederlage der SPD bedarf einer offenen und schonungslosen Analyse.

Im Wahlkampf haben wir versucht nachzuholen, was zuvor unterlassen wurde. Es war der Versuch, am Abgrund stehend, den Gewaltakt der zurückliegenden Jahre zu erklären und damit die Reform-Politik der vergangenen Jahre, einem „Experiment am offenen Herzen“ der Partei, nachträglich zu legitimieren. Die Adressaten waren hierbei nicht die Wähler, sondern eher die eigenen Mitglieder. Und damit zunächst einmal jene, deren Großväter noch für „Sozialdemokratie Leib und Leben riskiert haben. Jene, für die Willy Brandt und nicht Helmut Kohl deutschlandpolitischer Vordenker und Einheitskanzler ist. Jene, die die wuchtigen Attacken Herbert Wehners und die hanseatisch kühle Verachtung, mit der Helmut Schmidt seine politischen Gegner strafte, von beiden Seiten der Mauer verfolgten. Jene, die auf der Straße im Wahlkampf heute mit Flüchen und Vorwürfen des Verrats konfrontiert werden und die dennoch aktiv geblieben sind, die täglich mit den Gewerkschaften und Betriebsräten in den Unternehmen für Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte kämpfen, Leute, die auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind, zum Teil gleich mehrere Jobs annehmen, nur um ihren Kindern eine vernünftige, vielleicht akademische Ausbildung ermöglichen zu können, Menschen, die in Bürgervereinen um die Durchsetzung kommunalpolitischer Interessen ringen, die sich im festen Glauben an die eigenen Fähigkeiten für den zweiten Bildungsweg entschieden haben, die mutig den Schritt in die Selbständigkeit gewagt haben und ein Unternehmen führen, aber auch Menschen, die mit dem Versprechen an ihre Kinder nach Deutschland gekommen sind, ihnen ein besseres Leben zu ermöglichen. Kurz: Diejenigen, die dafür sorgen, dass uns der soziale Kitt der Gesellschaft nicht ausgeht.

Was haben wir in den vergangenen 11 Regierungsjahren gemacht? Wir haben außenpolitische Verantwortung übernommen: Die Bundesrepublik Deutschland ist vom diplomatischen Vermittler zum handelnden Akteur geworden, dessen Zustimmung und Kritik international Gewicht hat. Wir haben uns innen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen gestellt. Wir haben das Land gesellschaftlich und ökologisch erneuert und das Bild der Familie modernisiert. Das alles hat das Land nach vorn gebracht. Unter rot-grün wurde die ambitionierteste Sozial- und Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt. Es war die SPD, die wider ihrer eigenen Klientel bereit war, den Reformstau der Kohl-Jahre zu beseitigen – und das unter schwierigen finanziellen Vorzeichen. Für viele bedeutete das herbe Einschnitte – im Privaten wie im Öffentlichen. Wir sind uns auch nicht immer treu geblieben und haben doch häufig Notwendiges möglich gemacht: Das hat das Land insgesamt nach vorne gebracht, und die Partei fast zerrissen.

Keine Niederlage kommt von selbst: Die Ursachen für den Abstieg sind vielseitig und keineswegs monokausal: Trotz der spürbaren Einschnitte im Zuge der Reformpolitik hätten wir 2005 beinahe ein weiteres Mal eine Mehrheit bekommen. Doch im Anschluss kamen Rente mit 67 und Mehrwertsteuererhöhung. Sie bleibt ein beispielloser Sündenfall. Wer hinterher etwas anderes tut, als er vorher sagt, der darf sich auch bei der festen Übersetzung von der Notwendigkeit, nicht über den Verlust der eigenen Glaubwürdigkeit wundern. Andrea Ypsilanti hat dem ein Gesicht gegeben.

Ein Neuanfang?

Der Vertrauensverlust wiegt schwer. Programme können geändert werden, Vertrauen aufzubauen, das dauert lange. Jeder in der Partei hätte die Alarmglocke vernehmen können als die FDP die Erhöhung des Eigenbedarfs für ALGII-Empfänger gefordert hat. Im selben

Kontext sind die Forderungen von Rüttgers und Lafontaine, das Schonvermögen und die Bezugsdauer von ALG I zu erhöhen. Selbst Gerhard Schröder hat gegen die monolithische Auslegung seiner eigenen Politik interveniert. Stattdessen marschierten wir weiter. Um es deutlicher zu sagen: Es geht um den geistigen Kompass, der dieser Partei abhanden gekommen ist. Es geht um ein Gesellschaftsbild, -auch um ein Menschenbild, dass sich an Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, Solidarität und Aufstiegsmöglichkeiten orientiert. Die Parteispitze hat aufgehört, ihrer Basis zuzuhören und ihrem Gespür zu vertrauen. Mitbestimmung ist keine Floskel, sondern ein Prinzip. Es ist ein Unterschied, über Dinge abzustimmen und sie dann durchzuwinken oder davon betroffen zu sein. Das war es, was die Partei immer stark gemacht hat. Wir konnten zuhören. Uns selbst und allen anderen. Heute hat die Partei aufgehört, die Gesellschaft zu reflektieren und deren Diskurse zu absorbieren. Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob man die eigene Politik nur nicht richtig kommunizierte und alle anderen zu dumm waren, die eigene Genialität zu erkennen. Wir hatten den Menschen am Ende nichts anderes mehr zu erzählen, als dass es unter Schwarz-gelb „noch viel schlimmer“ kommen würde. Diese Leere haben wir kommunikativ wertvoll aufgehübscht und so letztendlich alles, wofür diese Partei in ihrer gesamthistorischen Bedeutung steht, sinnentleert.

Vor diesem Hintergrund ist auch die leidliche Debatte um die strategische Ausrichtung und den Umgang mit der Partei Die Linke zu sehen. Regierungsfähigkeit wird nicht automatisch mit der Öffnung zur Linkspartei zurückkommen. Es ist naiv zu glauben, wir müssten uns an dieser Partei orientieren. Wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen, mit ihr streiten und vielleicht findet sich die eine oder andere Schnittmenge. Es wirkt auch befremdlich, dass gerade jene am lautesten krakelen und den Linksruck fordern, die hinterher eine Rot-rot-grüne Koalition in Erwägung ziehen. Als müsste in einer solchen Koalition das Spektrum nicht über die gesamte Breite – von links bis in die Mitte – reichen.

Wer von der Linksausrichtung spricht, ist dazu aufgerufen, den Begriff „links“ mit Inhalt zu füllen. Wer das nicht kann, sollte zumindest in der Lage sein, das Gegenteil dessen – also nicht links – zu formulieren. Es kann und darf nicht Anspruch sein, sich selbst in kleinlichen Kämpfen zu zerlegen und damit jeglichen Anspruch auf Gestaltung abzulegen.

Eine bezeichnende Symptomatik erhält der Neuanfang mit der rasanten Aufstellung des künftigen Personaltableaus. Falls es eine Abteilung für Strategie und Analyse im Willy-Brandt-Haus gab, dann hat diese entweder gestreikt oder ihr hat niemand zugehört. Anders sind die Vorgehensweisen der ersten Woche danach nicht zu erklären. Wie kann ein Neuanfang gelingen, wenn die künftige Parteispitze aus den Ehrgeizlingen und Apparatschiks der Vergangenheit besteht? Anstatt in Ruhe die vergangenen Jahre aufzuarbeiten, verfallen ausgerechnet diejenigen Opportunisten in Hektik, von denen Parteiräson am wenigsten zu erwarten war. Eine Verjüngung ist notwendig, gewiss. Der Generationenwechsel muss her. Aber die Generation nach Schröder wurde beflissentlich verheizt, echte Hoffnungsträger gibt es nicht. Das Drama ist auch ein Drama der Köpfe.

Nicht nur deswegen wird wohl eine Dekade vergehen, bis uns Perspektiven auftun werden: Wer jetzt und zu diesem Zeitpunkt in die Arena der medialen Öffentlichkeit steigt, wird immerzu an seinem amerikanischen Pendant Barack Obama gemessen werden – und kläglich an ihm scheitern. Dafür können wir nichts. Wir müssen uns dessen nur bewusst sein.

Wir haben in den vergangenen 11 Jahren viele Reformen auf den Weg gebracht, die eine Schwarz-Gelbe Regierung nie gegen unseren Willen und den der Gewerkschaften hätten durchsetzen können. Unsere Gesellschaft sieht heute gänzlich anders aus, als 1998. Das darf man sich immer wieder ins Bewusstsein holen und das darf man auch laut sagen. Die Menschen werden schnell begreifen, was ihnen fehlt, wenn die SPD nicht an der Regierung ist – und doch werden wir, trotz steigender Flexibilität im Wahlverhalten, so schnell nicht

wieder an Stärke gewinnen. Wir haben uns nicht nur todregiert, wir haben auch unseren gesellschaftlichen Platz verspielt. Die Grünen und die Linke bieten inzwischen Alternativen, die offenbar ihren Platz gefunden haben.

Seltsamerweise haben diejenigen bei der Wahl den Vorzug erhalten, deren Ideologie nach freien Märkten und weniger Regeln erst zur Krise geführt hat. Von der auch wir nicht gänzlich frei geblieben sind – was alleine schon die Versuche der Bahnprivatisierung zeigen. Auf der anderen Seite hat DIE LINKE mit zum Teil unbezahlbaren, aber konsequenten Forderungen gute Ergebnisse erzielt. Dies muss nicht so bleiben. Nachdem der Schock überwunden ist, sollten wir dankbar sein, uns Zeit nehmen zu können, um Antworten zu finden. Das müssen Angebote sein, die sich an dem Willen zur Gestaltung, nicht Verwaltung, unserer Gesellschaft orientieren – bürgernah und realistisch. Hamburger Programm und Deutschlandplan bieten vorzeigbare Ansätze. Sie gilt es weiter zu denken und zu entwickeln. „Gute Politik ist, wenn eine visionäre Idee in vernünftige politische Praxis umgesetzt wird – alles andere ist Murks.“

Die legitime Forderung der Freien Demokraten nach einem einfacheren Steuersystem sollten wir übernehmen. Es ist niemanden zu vermitteln, dass alljährlich ein ungeheurer Aufwand betrieben wird, ein ganzer Verwaltungsapparat nebst Steuerberatungen ernährt wird, ohne etwas Produktives zu leisten. Denn das eigentliche Ziel, Steuergerechtigkeit, kann niemand mehr nachvollziehen. Dass Steuern eine ausgleichende Funktion haben müssen, ein Instrument institutioneller Solidarität und Steuerungsmittel sind, bleibt unbestritten.

Die Grünen, deren Emanzipation wir selbst zu verantworten haben, besetzen eine ganze Reihe von Themen, die dem sozialdemokratischen Ideenkorpus entsprechen. Wenn Umwelttechnologien und neue Energien Arbeitsplätze bringen und den Standort Deutschland stärken, dann ist das unser Thema. Sigmar Gabriel hat es im Wahlkampf vorgemacht.

Die Linkspartei, die wir grob fahrlässig über Jahre diskriminiert haben – nicht zuletzt, weil ihr Spitzenpersonal das selbst heraufbeschworen hat -, hat sicherlich nicht die Konzepte für die Zukunft. Das gilt für die Außen-, die Europa- wie für die Finanzpolitik. Aber: Wer von der Linkspartei spricht, darf nicht der Einfältigkeit anheim fallen und meinen, sie sei im Osten keine demokratische und etablierte Partei. Das ist sie und sie bindet einen erheblichen Teil auch der konservativen Bevölkerung. Es gibt daher keinen Grund, Koalitionen mit der Linkspartei auszuschließen. Im Westen und auf Bundesebene wird man sich die Entwicklung genau anschauen müssen. Es kann aber nicht sein, dass die Linkspartei als Fixstern für die eigene Politik bemüht wird.

In diesem Zusammenhang sei der Hinweis gestattet, dass wir in der Vergangenheit den Gewerkschaften zu wenig Bedeutung beigemessen haben. Lange war es eine unerschütterliche Selbstverständlichkeit, dass die Bundesvorsitzenden der Gewerkschaften auch Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag waren. Wir sind natürliche Partner. Wir haben dieselben Wurzeln, dieselben Interessen. Eine andere Methodik, ja vielleicht. Aber der Verlust von „Seit and Seit“ ist in seiner Tragik weder für die SPD, noch für die Gewerkschaften selbst und schon gar nicht für die Arbeitnehmer und jene, die es gern wären, in Worte zu fassen.

Es gibt, das mag einige überraschen, die Piratenpartei. Aus dem Stand, ohne nennenswertes Budget, hat sie ein respektables Ergebnis abgeliefert. Und dies mit zwei Themen: Freiheit unserer Netzwelt und Bürgerrechte. Auch das sind unsere Themen. Kinderpornografie können wir auch ohne Law-and-Order-Politik und ohne Zensur überführen. Wir alle leben und profitieren von der Freiheit im und außerhalb des Internet

Die SPD muss sich neu entdecken

Wenn wir uns auf die Suche nach unserer Zukunft machen, dann werden wir einige Wegmarkierungen wiederfinden: Die SPD ist die Partei, in der Platz ist für Neues, Visionäres, mitunter Verwegenes. Allzu Mutiges auszuschließen, das ist Sache der Reaktion. Wer Reformen anstoßen will, muss eine Idee von ihnen haben und ihnen Spiel- und Diskussionsräume geben. Das fängt an der Basis an, verläuft über die Multiplikatoren quer durch die Gesellschaft und kommt dann erst oben an. Diese Diskussionslinie zurückzugewinnen, wird vorrangiges Ziel sein.

Rückblickend betrachtet müssen wir uns vor Augen führen: Arbeit geht vor Nichtstun. Wir sind die Partei des Aufstiegs und der Solidarität. Beides steht wechselseitig zur Verfügung. Dass die Agenda 2010 bei so Wenigen ankam, hängt mir vorhergenanntem zusammen: Wenn Hartz IV nicht zum Leben reicht, die Löhne der Arbeitenden aber nur geringfügig über eben diesem Niveau liegen, dann kann sich die SPD in ihrer Tradition nicht wegducken. Unser Arbeitsethos verbietet es, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten und vermehrt in prekären Beschäftigungen geknechtet werden, nicht von ihrer Hände Arbeit leben können. Der Mindestlohn wäre nur ein Anfang, wahrhaft faire Löhne die Konsequenz.

Wer die SPD organisatorisch erneuern will, der muss begreifen, dass sie nur von unten nach oben funktioniert. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Wer mit der Basis und den Multiplikatoren vor Ort ins Gespräch kommen will, der muss die personellen Voraussetzungen schaffen. Zu lange sind zu viele Stellen in zentrale Einrichtungen wie das Willy-Brandt-Haus verlagert worden, wo mitglieder- und bürgerferne Kampagnen und Aktionen gestartet wurden, deren Bezug zum Ortsverein nicht mehr vorhanden waren.

Es muss auch Schluss sein mit der Hinterzimmer-Politik. Es kommt ohnehin alles ans Licht. Entweder wegen der Neugier der Medien oder aber wegen der Offenherzigkeit der Genossen. Wir täten uns leichter, würden wir das akzeptieren und unsere Partei entsprechend ausrichten. Mitgliedervoten, Vorwahlen und eine bürgernahe Listenaufstellung könnten unserer Partei einen Hauch von partizipativer Demokratie zurückgeben, nach der die Basis schon lange ruft. Manche Fehlentscheidungen der Vergangenheit hätten vermieden oder früher korrigiert werden können.

Der demographische Wandel dezimiert unsere Partei in Mitgliederbestand und Einkünften. Junge Menschen sind zwar politisch interessiert, doch äußert sich das nicht in parteipolitischem Engagement. Junge Menschen haben was zu sagen, aber nicht in Gremien, sondern in Projekten. Das muss uns nicht gefallen, aber die heutige Arbeitswelt lässt anderes gar nicht mehr zu, es sei denn, wir wollen eine Partei allein aus Funktionärsträgern. Dann schwimmen wir irgendwann im eigenen Saft. Wenn wir junge Talente entdecken und fördern wollen, wenn wir neuen Ideen Raum und der Partei kreative Gestaltungsmöglichkeiten zugestehen wollen, dann müssen wir die Partei von Grund auf neu denken.

Das wird und darf nicht alles entzwei reißen. Es wird eine Zeit brauchen, aber die haben wir jetzt. Ortsvereine deren Aktive nur noch aus Funktionären bestehen, haben keine Zukunft. Das Delegiertenprinzip wird zumindest auf unterer Ebene überdacht werden müssen. Stattdessen sollten Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise gestärkt und die FES als Weiterbildungszentrum und Parteischule aufgebaut werden. Auch den Flügeln kommen neue, alte Aufgaben zu. Aufgaben, die sie in der Vergangenheit vernachlässigt haben: Sie dienen als Auffangbecken und kreativ-Labor und stehen in einem konstruktiven Wettbewerb um die besseren Ideen. In der Vergangenheit haben sie sich eher als Personalmanager einer außerparteilichen Holding verstanden.

Neben der parteiinternen Umstrukturierung wird auch der Auftritt nach außen optimiert werden müssen. Und das darf sich nicht im Aufbau interaktiver Mitmach-Angebote im Internet verlieren. Politik funktioniert von Angesicht zu Angesicht. Menschen müssen

einander sehen und kennen, um einander vertrauen zu können. Strafenaktionen und Infostände sind dabei nur der geringste Aufwand. Wir müssen wieder Kontakt zu unseren Multiplikatoren in den Gewerkschaften und Vereinen, in unseren Vorfeldorganisationen herstellen. Und wir dürfen nicht glauben, dass mit dem Ende der Arbeiterbewegung auch ein Ende der Arbeiterpartei SPD eintritt. Interessen müssen vertreten werden. Wenn wir die Interessen der Arbeitnehmerschaft glaubhaft vertreten wollen, müssen wir vor Ort sein. Es ist schön, dass unsere Bildungspolitik ein Mehr an Akademikern erzeugt. Das ist kein selbstverständlicher Erfolg, sondern hart erkämpft. Wenn eine Vielzahl von Facharbeitern anfängt, FDP zu wählen, dann ist das Alarmzeichen genug.

Natürlich reicht es nicht, wenn wir uns auf unsere Kernkompetenzen besinnen, mit den Gewerkschaften versöhnen, junge kreative und Soloselbstständige unterstützen, auf den Mittelstand achten und gute Bildungskonzepte anbieten. Aber das sollte vorerst Priorität haben. Im Zweifel vertreten die Konzerne ihre Interessen schon selbst, dafür müssen wir nicht sorgen. Das Politikangebot an unsere Stammklientel kann insofern auch als neues Branding der Marke SPD verstanden werden, als neue Stärke aus der Opposition heraus. Wir werden nicht automatisch zu alter Stärke finden, die Zeit der Volksparteien ist ohnehin vorbei – die CDU wird das noch zu spüren bekommen. Wenn aber „aus dem gegenwärtigen Mist, der Dünger von Morgen“ entstehen soll, dann werden wir uns in Auseinandersetzungen und Streitkultur üben müssen. Der politische Streit ist allenthalben auf ein Niveau gesunken, wie es im Kanzler-Duell und den übrigen Polit-Talkshows zu beklagen sein mag. Es liegt an uns, diese Entwicklung umzukehren. Und doch dürfen wir nicht die harte Arbeit in der Opposition vergessen – das sind wir unseren verbliebenen Wählern schuldig.